



## Landesbeauftragte eröffnet Ausstellung über Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR

### Bürgerberatung und Vortrag zum Haftarbeitslager Dessau am 9.11.

Auf das Thema „Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug“ insbesondere auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt macht die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, am 9. November 2016 in Dessau-Roßlau mit einer Ausstellung und einem Vortrag aufmerksam. Zugleich können sich Betroffenen von SED-Unrecht zu Rehabilitierungsmöglichkeiten beraten lassen.

#### Ausstellungseröffnung im Rathaus Dessau

„Hammer – Zirkel – Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“ lautet der Titel der Ausstellung, die von der Landesbeauftragten am 9. November um 16.30 Uhr im Rathaus von Dessau eröffnet wird. Eindringlich rückt sie das Thema „Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug“ in den Fokus der Öffentlichkeit. Das Ausmaß der Zwangsarbeit politischer Gefangener in Haftenrichtungen auch auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt wird erstmals aufgearbeitet.

Birgit Neumann-Becker: „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR kann man sich nicht als Arbeiten mit Gemeinschaftsunterkunft vorstellen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren geprägt von mangelndem Arbeitsschutz, fehlender Schutzkleidung, schmerzenden Verletzungen sowie Schlafmangel, schlechter Ernährung, Bekleidung und Gesundheitsversorgung. Zum System gehörten auch überhöhte Normen sowie drakonische Strafmaßnahmen bei Arbeitsverweigerung bis hin zum »Nachschlag« – der Haftverlängerung. Weitere konkrete lokale Forschung zu diesem bislang wenig beachteten Thema ist notwendig. Zugleich bedarf es besserer öffentlicher Anerkennung dieses Unrechts und besserer Gesundheits- und Sozialleistungen für die Betroffenen und ihre Angehörigen.“

Die Ausstellung wird bis zum 25. November 2016 im Rathaus Dessau, Zerbster Straße 4, gezeigt. Sie ist montags von 8 bis 16 Uhr, dienstags und donnerstags von 8 bis 18 Uhr sowie mittwochs und freitags von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

#### Vortrag „Das Haftarbeitslager Dessau (1974 – 1990)“

Der Vortrag „Das Haftarbeitslager Dessau (1974 – 1990). Informationen und Hintergründe“ schließt sich am 9. November um 18.30 Uhr im Rathaus Dessau an die Ausstellungseröffnung an. Referent ist Manfred Buchta, Berater beim Thüringer Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED Diktatur, der sich eingehend mit

der Geschichte, den Haftbedingungen und den Arbeitsbedingungen der Inhaftierten befasst hat. Sein Beitrag basiert auf umfangreichen Aktenrecherchen und Zeitzeugenberichten. Das Haftarbeitslager befand sich Rande von Dessau in der Nachbarschaft einer Kleingartenanlage. Die dort inhaftierten Frauen wurden in den umliegenden Betrieben zur Arbeit eingesetzt. Die Frauen arbeiteten u.a. im VEB Filmfabrik Wolfen. Das Haftarbeitslager war zugleich Unterbringungsort verurteilter weiblicher Jugendlicher. Anfang der 1990er-Jahre wurden die Gebäude dem Erdboden gleichgemacht

### **Beratung für Betroffene von SED-Unrecht**

An Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, richtet sich das individuelle Beratungsangebot der Landesbeauftragten, das am 9. November von 9 bis 17 Uhr im Rathaus Dessau ohne Voranmeldung genutzt werden kann. Es richtet sich insbesondere an zu Unrecht Inhaftierte, an Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes und Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren oder Eingriffe in Eigentum und Vermögen erlitten. Die Beratung erfolgt zu Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation), zu monatlichen Zuwendungen („Opferrente“), zum Thema Kinderheime sowie zu Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung. Möglich ist auch eine Antragstellung auf Einsicht in die Stasi-Akten, wozu nur der Personalausweis vorzulegen ist.

### **Ergänzende Informationen zur Ausstellung**

Zwischen 1945 und 1989 gab es auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt etwa 55 Haftstätten (Untersuchungshaftanstalten, Gerichtsgefängnisse, Strafvollzugsanstalten, Zuchthäuser, Arbeitserziehungskommandos, Haftarbeitslager, Standkommandos, Arbeitskommandos, Polizeilager – ohne MfS). In diesen Haftstätten oder aus ihnen heraus mussten die Gefangenen in etwa 180 Betrieben Zwangsarbeit verrichten. Einsatzbetriebe waren unter anderem das Braunkohlenkombinat Bitterfeld, die Farbenfabrik Wolfen, das Zementwerk Coswig oder die chemischen Kombinate Buna und Bitterfeld.

Verantwortet und ausgebaut von der SED-Führung, ist ein System erkennbar, das auf einer engen Verflechtung von staatlich gelenktem Strafvollzug und der wirtschaftlichen Dimension von Zwangsarbeit beruht. So sorgte die Parteiführung u.a. dafür, dass Produktionsspitzen personell abgesichert waren und eingefrorene Kohleproduktionsanlagen oder marode Chemieanlagen weiter betrieben werden konnten. Einsatz-Schwerpunkte von Häftlingen in den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg waren die Wirtschaftsbereiche Braunkohle, Chemie, Elektromotoren und Reichsbahn. Die schwersten und gefährlichsten Arbeitsbedingungen herrschten in der Chemie und im Kupferbergbau.

Dass es auch in den „Jugendhäusern“, den Jugendgefängnissen der DDR, und im Frauen-Strafvollzug Zwangsarbeit gab, belegen Dokumente und Fotografien in weiteren Kapiteln der Ausstellung. Die jüngsten Betroffenen von Zwangsarbeit im Strafvollzug sind heute – 26 Jahre nach der Deutschen Einheit – etwa 40 Jahre alt. In der DDR wurden Jugendliche ab 14 Jahren, dem Alter der Strafmündigkeit, zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die teils schweren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Folgen der Zwangsarbeit werden in der Ausstellung ebenfalls thematisiert